

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	1
1.1 Zielsetzung und Entwicklung der Fragestellung	3
1.2 Aufbau und Struktur der Arbeit	8
2 Empirische Perspektiven auf die Steuerung von Hochschulen	11
2.1 Die Steuerung von Hochschulen im Diskurs der Hochschul- und Wissenschaftsforschung	12
2.2 Politische Steuerung von Bundesbehörden und öffentlichen Einrichtungen	28
3 Theoretische Erklärungsansätze für die Steuerung von Hochschulen	43
3.1 Eine steuerungstheoretische Einordnung	43
3.2 Die Prinzipal-Agenten-Theorie	49
3.3 Die Organisation Hochschule im Kontext der Prinzipal-Agenten-Theorie	55
3.4 Herleitung der forschungsleitenden Annahmen	61
4 Empirisches Forschungsdesign und methodisches Vorgehen	67
4.1 Deutsche Wissenschaftsministerien und Universitäten als Untersuchungsgegenstand	67
4.2 Qualitative Interviews mit Kanzler:innen und Ministerialvertreter:innen	74
4.2.1 Kanzler:innen als Expert:innen für den Austausch über metrisierte Berichte	78

4.2.2	Ministerialvertreter:innen als Expert:innen für den Austausch über metrifizierte Berichte	80
4.3	Datenauswertung anhand der inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse	83
5	Ergebnisse der Analyse	89
5.1	Landesrechtliche Rahmenbedingungen der ministeriellen Steuerung von Universitäten	89
5.1.1	Daten der Hochschulstatistik als Monitoringinstrumente der Ministerien	92
5.1.2	Monitoringinstrumente der Haushalts- und Wirtschaftsführung	99
5.1.3	Zielvereinbarungen mit den Universitäten des Landes	106
5.1.4	Landesweite Hochschulentwicklungsplanung	114
5.1.5	Zwischenfazit: (Landes-)Rechtliche Rahmenbedingungen als Gestaltungsrahmen für die ministerielle Steuerung von Universitäten	118
5.2	Ziele der befragten Akteur:innen mit metrifizierenden Berichtspflichten und metrifizierten Berichten	122
5.2.1	Erfüllung und Kontrolle ministerieller und politischer Anforderungen	123
5.2.2	Adressieren übergeordneter Ziele	132
5.2.3	Schaffen einer (gemeinsamen) Entscheidungs- und Kommunikationsgrundlage	140
5.2.4	Zwischenfazit: Metrifizierte Berichte als Basis für die Bildung eines Gestaltungsraumes	152
5.3	Ausformulierung eines Gestaltungsraums zwischen Ministerialvertreter:innen und Kanzler:innen am Beispiel metrifizierender Berichtspflichten	154
5.3.1	Definition der Gestaltungsebenen	155
5.3.2	Der Gestaltungsraum als Steuerungsinstrument zwischen Ministerien und Universitäten	161
5.3.3	Zwischenfazit: Drei Ebenen des nicht-neutralen Gestaltungsraumes	180
5.4	Nicht-Ausnutzen der Informationsasymmetrien als strategische Option	183
5.5	Vergleichende Analyse der betrachteten Bundesländer	187

6 Schlussbetrachtung	195
6.1 Diskussion der Ergebnisse und Limitationen	199
6.2 Policy Implications	203
6.3 Ausblick	205
Literaturverzeichnis	211